Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 3. Februar 1879. Nr. 56.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

42 Sitzung vom 1. Februar.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Friedenthal und mehrere Kommissarien.

Das Haus genehmigt zunächst in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der §§ 29 bis 48 des lauenburgischen Gesetzes vom 24. Juni 1871, betreffend die Ausführung über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870, ohne Debatte.

Der Gesetzentwurf betreffend die Deckung der erforderlichen Mehrkosten für den Bau der Bahnen: von der Reichsgrenze bei Sierck über Trier und Koblenz unter fester Ueberbrückung des Rheins nach Oberlahnstein zum Anschluß an die Lahnbahn und von Godelheim resp. Ottbergen nach Northeim wird auf Antrag des Abg. Knebel der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Berathung der Vorlage betr. die Aufnahme einer Anleihe für Verbesserung der märkischen Wasserstraßen.

Die Budgetkommission beantragt durch den Referenten Röstel (Landsberg) die unveränderte Annahme der Vorlage.

Abg. v. Bunsen bedauert, daß dem vorhandenen Bedürfnisse nicht in weiterem Umfange — namentlich hinsichtlich der Berliner Wasserstraßen — entsprochen worden sei; immerhin aber müsse man das Vorgehen der Regierung anerkennen und hoffen, daß sie auf dem betretenen Wege weiter gehen werde.

Auf die Anfrage des Abg. Frh. v. d. Knesebeck-Karwe, ob Aussicht vorhanden sei, daß der in Folge von Schwierigkeiten bei den mecklenburgischen Regierungen sistirte Bau einer schiffbaren Verbindung der Rheinsberger Seen mit der Havel bald wieder aufgenommen werde, erwidert

Geh. Rath Hübner, daß es in den letzten Tagen gelungen sei, eine prinzipielle Grundlage für die Verständigung wegen einer Weiterführung der bezeichneten Wasserstraße auf mecklenburgischem Gebiete zu gewinnen. Sobald auf dieser Grundlage die Spezial-Verhandlungen abgeschlossen seien, werde der Bau wieder aufgenommen und hoffentlich bis zum Herbst dieses Jahres fertig gestellt werden.

Abg. Schröder empfiehlt ebenfalls die Annahme der Vorlage, welche das Haus demnächst mit großer Majorität beschließt.

Der Etat des Herrenhauses passirt ohne Debatte die zweite Lesung.

Beim Etat des Abgeordnetenhauses richtet Abg. Berger die Anfrage an den Referenten der Budgetkommission, ob dieselbe über den Silberschatz etwas Näheres anzugeben wisse, welcher, wie ihm mitgetheilt, in früheren Jahren, als man den Präsidenten des Hauses zu einer würdigen Repräsentation desselben in Stand zu setzen beabsichtigte, beschafft worden sei.

Referent Abg. Pilet erwidert, der Gegenstand sei in der Kommission nicht zur Sprache gebracht worden, er könne daher auch keine nähere Auskunft geben.

Beim Etat des Kultus-Ministeriums, Kapitel 127, Titel 3 der dauernden Ausgaben (zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Konfessionen 3,305,731 M.) hatte Abg. Windthorst (Meppen) beantragt, in die durch diesen Titel Bezeichneten auch die jüdischen Religionsdiener aufzunehmen, wozu er besonders durch eine Petition des Rabbiners Haib aus Hohenzollern auf Erhöhung des Gehaltes angeregt worden war.

Referent Abg. Magdzinski giebt eine kurze Darlegung der Verhandlung der Budgetkommission, aus welcher hervorgeht, daß ein Anspruch jüdischer Religionsdiener auf den in Rede stehenden Fonds nicht anerkannt werden könne. Dagegen hält die Kommission die Forderung des Petenten auf Unterstützung keineswegs für unbegründet und empfiehlt deshalb dem Hause, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Windthorst (Meppen) ist mit dem Antrage der Kommission zwar einverstanden, faßt denselben aber so auf, daß die Regierung daraus Veranlassung nehmen werde, erstens dem Rabbiner Haib eine Unterstützung zu Theil werden zu lassen, und zweitens, daß die Regierung die Verhältnisse der jüdischen Religionsdiener generell regeln werde.

Reg.-Komm. Geh. Rath Schallehn erklärt, die Regierung acceptire den Antrag und stehe der Frage wohlwollend gegenüber.

Der Antrag der Kommission wird angenommen und die Position selbst genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften.

Die §§ 1 bis 19 werden unverändert genehmigt.

§ 20 konstituirte nach der Vorlage die Solidarhaft der Genossenschaften als Prinzip. Die Kommission hat dieses Prinzip fast einstimmig abgelehnt. Die Solidarhaft sei wohl bei den Genossenschaften des Gesetzes vom 4. Juli 1868 für den Gläubiger Bedürfniß, hier aber könne man dieses Prinzip nicht anwenden, sonst würde sich kaum eine irgend nennenswerthe Zahl der Genossenschaften unter Grundbesitzern bilden.

Die Abgg. Hänel und Lasker beantragen, die formelle Solidarhaft in das Gesetz aufzunehmen, während

Abg. Biesenbach die einzelnen Mitglieder der Genossenschaft zu nicht größeren Leistungen für die Tilgung der Genossenschaftsschulden heranziehen will, als höchstens mit dem dreifachen Satze ihres regelmäßigen Beitrages.

Es entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher Abg. Parisius gegen den Abg. Biesenbach den Ausdruck gebraucht, daß derselbe sich auf nicht lautere Quellen bezogen habe.

Abg. Biesenbach verwahrt sich gegen diese „Ueberhebung“, die allerdings bei Mitgliedern der Fortschrittspartei nichts Seltenes sei. (Sehr richtig!) Seine (Redners) Quelle sei der Bericht der Handelskammer in Düsseldorf an den Herrn Minister. Der Abg. Parisius dagegen stütze sich auf das Gutachten des Direktors Spitthof, der wesentlich den Ruin der Düsseldorfer Genossenschaft verschuldet habe und später wegen Betruges gefänglich eingezogen sei. (Hört! hört!) Möge das Haus danach entscheiden, welche Quelle lauterer war. (Beifall rechts.)

Abg. Parisius: Ich habe mich keineswegs auf jenes Gutachten gestützt: Herrn Spitthoff habe ich vor 6 Jahren zum letzten Male gesehen. Uebrigens bin ich soeben durch Herrn Schulze-Delitzsch brieflich aufgefordert worden, auf dem nächsten Verbandstage der rheinisch-westfälischen Genossenschaften die Geschäfte des Anwalts wahrzunehmen; ich lade Herrn Biesenbach ein, dort gleichfalls zu erscheinen; er wird sich dort am besten von mir und Anderen darüber belehren lassen können, welche unreifen Ansichten er noch heute in dieser Sache geäußert hat. (Oho! im Centrum.)

Abg. Biesenbach: Sie sehen, meine Herren, die Ueberhebung ist bei den Herren von der Fortschrittspartei nicht mehr Sünde, sondern schon zum Laster geworden! (Unterbrechung seitens des Präsidenten.) Bitte, ich nehme den Ausdruck zurück! (Große Heiterkeit.) Herr Parisius hat sich ja selbst ausdrücklich auf die „Blätter für Genossenschaftswesen“ bezogen, und da steht als Quelle seiner Ausführungen jener saubere Herr Spitthoff! (Hört, hört!)

Das Haus nimmt den Antrag Hänel-Lasker an.

§ 56 lautet: Das Statut und jede Abänderung desselben bedarf der Bestätigung durch den Oberpräsidenten. Mit dem Zeitpunkt der Rechtskraft des Bestätigungsbeschlusses gilt die Genossenschaft als begründet. Der Oberpräsident hat das Statut und jede Aenderung desselben öffentlich bekannt zu machen.

Abg. Dirichlet beantragt, statt „Oberpräsident“ zu setzen: „Provinzialrath“; dasselbe beantragen die Abgg. Dr. Lasker und Dr. Hänel.

Minister Dr. Friedenthal muß sich dem Antrage vorwiegend aus organisatorischen Gründen entgegensetzen. Nehmen Sie die Anträge Hänel-Lasker an, so ist das Gesetz für die Regierung unannehmbar. (Hört! hört!) Die Vortheile des Gesetzes für das Land sind evident; es gestattet vor Allem die Bildung der freien Genossenschaften, welche bisher noch gar nicht bestanden; aber eben deshalb, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes bitte ich Sie, die Anträge Hänel-Lasker abzulehnen. (Beifall.)

§ 80, welcher mit zur Debatte gezogen wird, lautet:

„Hat die Bildung der Genossenschaft im Falle des § 77 die Mehrheit der Stimmen (§ 78) nicht gefunden, so ist der Antrag durch Bescheid des Oberpräsidenten zurückzuweisen. In allen übrigen Fällen entscheidet der Oberpräsident über die Begründung der Genossenschaft und die Bestätigung des Statuts. Bedarf es zur Ausführung des Unternehmens der vorgängigen staatlichen Genehmigung, so ist dieselbe vor der Abgabe der Entscheidung des Oberpräsidenten zu erwirken. Nach erlangter Rechtskraft ist der Beschluß, falls dadurch die Genossenschaft begründet wird, in dem zu amtlichen Bekanntmachungen des Oberpräsidenten bestimmten Blatte zu veröffentlichen. Sind die Verwaltungs-Bezirke mehrerer Oberpräsidenten betheiligt, so erfolgt die Veröffentlichung in jedem Bezirke.“

Abg. Dr. Lasker: Der Herr Minister hat nicht nachgewiesen, daß seine Ideen vom Staatsministerium adoptirt sind. Man kann doch unmöglich jedem Ressort besondere Prinzipien für seine Verwaltung zugestehen. Wir müssen durch alle Ressorts eine gleichmäßige Organisation haben. Wir wollen wenigstens von Selbstverwaltung behalten, was wir haben. Gegenüber der Drohung, daß das Gesetz gar nicht zu Stande kommt, könnten wir ja, was wir nicht thun, mit der Drohung antworten, die Vorlage abzulehnen. Ich wünsche, daß das Haus, abgesehen von dieser Befürchtung, jeden Paragraph und unseren Antrag sachlich in Betracht ziehe und danach entscheide, was aufrecht zu erhalten, was abzulehnen sei. Ich bitte den Herrn Minister, deutlich zu sagen, warum der § 56 unannehmbar ist, wenn der Provinzialrath statt des Oberpräsidenten gesetzt wird, ebenso weshalb an dem § 80 das Gesetz scheitern soll, welcher nur die Selbstverwaltung heranzieht. Will der Herr Minister, daß die Zuziehung der Selbstverwaltung überhaupt unvereinbar ist mit der Förderung der Landeskultur, dann habe ich gegen alle seine Versicherungen, daß er ein Freund der Selbstverwaltung ist, das größte Mißtrauen und glaube, daß ihm nur daran liegt, für sein Ressort eine Behörde mehr zu gewinnen, welche den bureaukratischen Meinungen Spielraum gewährt.

Minister Dr. Friedenthal: Ich werde den größten Theil der vom Vorredner angeregten Fragen unbeantwortet lassen, denn ich meine, daß heute nicht die Gelegenheit ist, über Selbst-Verwaltung und Bureaukratie uns auseinanderzusetzen. Das Land wird darüber zu entscheiden haben, ob ich meine Verwaltung geführt habe nach bureaukratischen Gesichtspunkten oder nicht. Nur darum bin ich hier gegen die Heranziehung der Selbstverwaltung, weil diese Vorschäge durchaus unorganisch sind, durchaus schablonenhaft abgeklatscht von früheren Gesetzen. Sie erregen blos die Unzufriedenheit des Landes mit der neuen Selbstverwaltung, und das schadet der Selbstverwaltung mehr als alle Bureaukratie. Wir dürfen nicht verkennen, daß es doch auch einzelne Sphären der Verwaltung giebt, deren Regelung sich nicht gut hinausschieben läßt bis zur organischen Verwaltungsreform, und gerade die liberale Seite dieses Hauses war es, die eine vorläufige Regelung des in diesem Gesetze behandelten Materials als unerläßlich bezeichnete. Die Vorlage, wie sie dem Hause zugegangen ist, enthält auch eine Fülle von Garantien gegen bureaukratische Uebergriffe.

Abg. Dr. Lasker: Der Herr Minister hat meine Frage, ob die Zuziehung des Provinzialrathes das Gesetz für ihn unannehmbar mache, nicht beantwortet; auch die Gründe nicht entwickelt, die dafür sprechen könnten. Es kommt überhaupt nicht auf platonische Liebe zur Selbstverwaltung an, sondern auf die Bewährung im einzelnen Fall. Ueber den Ausdruck „schablonenhaft“ will ich hinwegsehen, aber vergißt denn der Herr Minister ganz, daß er selbst hat an dieser Schablone mitarbeiten helfen? Freilich war er damals noch nicht Minister. (Hört! links.) Ich muß also meine Anfrage wiederholen.

Minister Dr. Friedenthal: Ich habe die Frage schon in meinem ersten Vortrage klar beantwortet; es ist nicht die Theilnahme der Selbstverwaltung in Landeskultur-Angelegenheiten, gegen die ich mich richte, sondern die hier gewählte Form. Ich wiederhole es, die Vorwürfe, die mir bezüglich meiner früheren parlamentarischen Thätigkeit und meiner jetzigen Amtsführung von ihm gemacht worden sind, sind völlig ungerecht. Haben Sie gegründete Veranlassung, mit meiner Verwaltung unzufrieden zu sein, so bitte ich das auszusprechen, dann werde ich meinen Platz räumen. (Groß Bewegung.)

Abg. Dr. Hänel begreift die Heftigkeit des Ministers nicht, der statt des Kollegialsystems, das früher bei der Regierung maßgebend war, jetzt den Oberpräsidenten, einen einzelnen sterblichen Menschen, gesetzt wissen will. Gerade für solche Fälle, wie der jetzt hier vorliegende, ist der Provinzialrath die geeignete Instanz.

Minister Dr. Friedenthal bemerkt, daß die Staatsregierung erst vor einer Stunde gezeigt habe, daß sie die Selbstverwaltung nicht sistiren wolle, wo eben nicht organisatorische Bedenken entgegenstehen, indem sie bei Gelegenheit eines anderen Paragraphen sich mit der Zulassung des Kreisausschusses als Aufsichtsinstanz ausdrücklich einverstanden erklärt habe.

Der Antrag Hänel-Lasker wird hierauf angenommen und die Debatte auf heute Abend 7½ Uhr vertagt.

Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 1. Februar. Gegenüber der Meldung, die Ausarbeitung des Tabackssteuergesetzes, welcher das preußische Staatsministerium am 24. d. zugestimmt hat, solle so beschleunigt werden, um dem Reichstage beim Zusammentritt vorgelegt werden zu können, ist zu bemerken, daß der Entwurf über die Gewichtsbesteuerung des Tabacks allerdings im Finanzministerium mit möglichster Beschleunigung ausgearbeitet wird. Indeß hat der Entwurf nach seiner Fertigstellung im Finanzministerium nochmals die Genehmigung des Staatsministeriums zu erlangen, bevor er als preußischer Antrag dem Bundesrath vorgelegt werden kann, und vor seiner Einbringung im Reichstage wieder noch die Genehmigung des Bundesraths zu erhalten. Wenn man auch den glattesten Verlauf der Geschäftsbehandlung in allen diesen Stadien annimmt, so kann doch wohl die Vorlage an den Reichstag erst in der ersten Hälfte der Session erfolgen, ganz gewiß aber nicht schon am 12. Februar oder unmittelbar darauf. Wenn übrigens die am 24. Januar durch das Staatsministerium dem Finanzminister ertheilte Zustimmung immer wieder als ein Gegenzug gegen den Fürsten Bismarck aufgefaßt wird, so kann es nichts Irrigeres geben. Der Fürst hat seine Zustimmung, wie alle anderen Minister, im Voraus dazu gegeben, daß der Versuch gemacht wird, durch die Berathung in allen geordneten Instanzen zu erproben, welche Lebensfähigkeit und Wirkung dem Plane der Tabacksbesteuerung nach dem Gewicht beiwohnet.

Berlin, 1. Februar. Unsere Landtags-Abgeordneten fühlen sich getroffen durch den Vorwurf der „Prov.-Korr.“, sie hätten bei den Verhandlungen über die Strafgewalt des Reichstages versäumt, ihre Bereitwilligkeit zur Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages zu erkennen gegeben. Ihrer Ansicht nach handelte es sich bei jener Gelegenheit um Reichstags-Angelgenheiten und folglich sei es nicht am Orte gewesen, sich darüber auszulassen, ob der Reichstag es für angemessen halten werde, seine Geschäftsordnung abzuändern. Uebrigens bestehe die Geneigtheit fort, die Geschäftsordnung zu verbessern, obgleich es nicht leicht sei, die richtige Formel zu treffen. Inzwischen ist der Bundesrath damit beschäftigt, den Friedrichsruher Gesetzentwurf vom 31. Dezember v. J. in eine annehmbarere Gestalt zu bringen. Es gilt indessen für wahrscheinlich, daß der Reichstag keinen Eingriff in seine Hausordnung gestatten und auch einen durch den Bundesrath abgeschwächten Gesetzentwurf verwerfen werde.

Unter den Abgeordneten wird vielfach verhandelt über eine, wie es heißt, vom Staatsministerium zu erwartende Vorlage über den Welfenfonds, bezw. die Einziehung desselben, wenn der Herzog von Cumberland sich hartnäckig weigert, seine vermeintlichen Thronrechte aufzugeben. Es giebt Leute, welche eine Einziehung des Welfenfonds für unmöglich erklären. Sie leisten dem Herzog von Cumberland aber einen schlechten Dienst, wenn sie mit Bezug hierauf ihn in eine falsche Sicherheit wiegen. Ein bekannter Führer der Welfenpartei äußerte sich gestern, er sei wegen des Welfenfonds nicht ohne Besorgnisse. Die Abgeordneten aus Hannover, selbst die liberalen, sind einer Einziehung des Welfenfonds allerdings abgeneigt. Sie möchten sich ihrer ehemaligen Dynastie gegenüber

gern möglichst loyal zeigen. Indessen kann doch die Unsicherheit und die Beunruhigung des nordwestlichen Deutschlands nicht ewig fortdauern.

Ausland.

Paris, 1. Februar. Die französische Regierung hat die Versicherung erhalten, daß Deutschland die neue Regierung in Frankreich unverzüglich anerkennen werde, zumal die Uebertragung der Staatsgewalten in so befriedigender Weise erfolgte. Deutschland und die anderen europäischen Mächte werden ihren Vertretern in Frankreich keine neuen Beglaubigungsschreiben senden, sondern einfach auf die Anzeige Frankreichs in Betreff der Wahl Grevy's zum Präsidenten der Republik Antwort ertheilen; es wird demnach hier derselbe Brauch Platz greifen, wie bei dem Wechsel eines Präsidenten in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sobald die Antworten der Mächte auf die französische Anzeige vom Wechsel des Präsidenten in Paris eingetroffen sind, wird das diplomatische Korps dem offiziellen Empfang im Elysee anwohnen.

Der päpstliche Nuncius erhielt Weisung, sofort mit Grevy in Verkehr zu treten und zu erklären, die Haltung des Vaticans habe durch den Präsidentenwechsel keinerlei Veränderung erfahren.

Grevy ist entschlossen, sich in Sachen der Amnestie und Anklage gegen die Mai Minister vollständig neutral zu verhalten und die Kammern allein hierüber entscheiden zu lassen; er will dagegen nicht blos vier, sondern zehn Korpsbefehlshaber wechseln; es ist sogar stark die Rede von der vollständigen Abschaffung der Kommandos der Armeekorps.

Der Herzog von Magenta stattete gestern dem deutschen Botschafter einen Besuch ab, fand aber blos die Fürstin Hohenlohe zu Hause. Mac Mahon verläßt erst diesen Abend das Elysee. Diesen Morgen hatte er eine Unterredung mit Grevy.

Sämmtliche Schulen haben am Montag Ferien, um Grevy's Antritt der Präsidentschaft der französischen Republik zu feiern.

Es bestätigt sich bis jetzt nicht, daß der Polizeipräfekt von Paris versetzt werden soll.

London, 31. Januar. Die würdevolle Ruhe, mit welcher der Wechsel der Präsidentschaft in Frankreich vollzogen wurde, hat hier einen tiefen, man kann wohl sagen, allgemein befriedigenden Eindruck ausgeübt. „Man darf", so sagt die „Times", „dem französischen Volke zu diesem Beweise für die Festigkeit seiner Zustände Glück wünschen", und auf Mac Mahon übergehend, bemerkt sie: „Er trat zurück, weil er seiner Auffassung nach die Forderungen der Kammer nicht ohne Verletzung seines eigenen Ehrgefühls erfüllen zu können glaubte. Unserer Meinung nach hat er damit seine Pflicht mißverstanden. Der geforderte Wechsel in den obersten Militärkommandos war unserm Dafürhalten nach ein durchweg billiger, und von Seiten des Landes konnte ihm nicht gestattet werden, sich ihm zu widersetzen, ohne daß ihm gleichzeitig gestattet worden wäre, sich die Rolle eines militärischen Diktators anzueignen. Trotzdem läßt sich den Beweggründen, die ihn zur Abdankung bewogen, Achtung nicht versagen. Sind es auch nicht die Beweggründe eines Staatsmannes, so sind sie doch die des Soldaten, wie er denn von jeher darauf bedacht war, sich vor allem Anderen einen Marschall von Frankreich zu nennen. Auch das französische Volk wird der Treue, mit der er zu alten Waffengefährten stand, seine Achtung nicht versagen. Vom politischen Standpunkte betrachtet, beging er einen Mißgriff, doch war dieser ein hochherziger, und je mehr die Franzosen über die Ehrenhaftigkeit, mit der er seine Verpflichtungen erfüllte, nachdenken werden, desto mehr werden sie seinen Charakter zu schätzen wissen." In Bezug auf Grevy bemerkt die „Times", daß er der Mann sei, der seit der Einführung der Republik als ihr bestgeeigneter Führer bezeichnet wurde, daß sein Freisinn sich unter den schwierigsten Verhältnissen bewährt habe, daß er vermöge seines Charakters und seiner Tüchtigkeit sich am allerbesten zu einem konstitutionellen Regenten eigne. Von nun an würden die politischen Wünsche des Präsidenten nicht länger mit seinen verfassungsmäßigen Pflichten täglich in Widerspruch gerathen. Die Beschlüsse der Kammer würden im Elysee gebührend beachtet werden und der Kriegsminister endlich in die Lage gesetzt sein, die nöthigen Reformen durchzuführen. Anderseits stehe zu hoffen, daß Herr Grevy die herrschende Partei im Zaume halten und insbesondere sie veranlassen werde, von ihrem Vorsatze, das Kabinet Broglie in Anklagezustand zu versetzen, abzulassen, nachdem der Hauptzweck durch die Abdankung Mac Mahons erreicht und sämmtliche gesetzgebende Funktionen der Republik zum ersten Male in der Hand von Republikanern vereinigt worden seien. In ähnlichem achtungsvollem Sinne spricht sich „Daily News" aus, nur etwas schärfer gegen den abgetretenen Präsidenten, der seine konstitutionelle Stellung arg mißverstanden habe. „Daily Telegraph" betont die Raschheit und Würde, womit sich der Wechsel des Präsidenten vollzogen habe. Nur das Eine macht dem Blatte Bedenken, daß vielleicht die Armee durch die unmittelbare Veranlassung zu dem Rücktritt Mac Mahon's empfindlich berührt sein dürfte. Von Gréoy hofft es das Beste und in seiner Wahl erblickt es eine gute Bürgschaft für die Zukunft der französischen Republik.

Der konservative „Standard" stimmt ebenfalls in das allgemeine Urtheil ein, daß Mac Mahon bis zum letzten Augenblicke als ehrenwerther Soldat, aber als schlechter Politiker gehandelt habe, und daß sich an die Erwählung Grévy's die besten Hoffnungen knüpfen lassen. Minder glimpflich äußert sich das Blatt über Gambetta. Dieser scheine für seine eigene Haut gar zu besorgt, denke an seine Person mehr als an das allgemeine Beste, scheue sich, einen verantwortlichen Posten zu übernehmen, und wähle sich dafür lieber ein behagliches Plätzchen, von dem aus sich die Kämpfe und Gefahren der anderen ruhig betrachten ließen. Wohl werde von Manchem behauptet, daß er ein großes Spiel im Auge habe, doch stehe zu besorgen, daß zu diesem noch viele kleinliche Winkelzüge erforderlich sein würden. Wenn es schade sei, daß Mac Mahon nicht die Fähigkeiten Gambetta's besaß, so sei es vielleicht nicht minder zu bedauern, daß Letzterem das zarte Ehrgefühl des Erstgenannten fehle.

„Morning Post" ist das einzige unter den großen Blättern, welches für den gewesenen Präsidenten vollständig Partei ergreift und den Gedanken vertritt, daß „Alle, die der französischen Republik wohlwollen, den eben stattgefundenen raschen Wechsel mit Besorgniß betrachten". „Mit Mac Mahon", so ruft sie bedauernd aus, „schwindet für die Vollziehungsgewalt in Frankreich die letzte Spur von Unabhängigkeit. Die persönliche Macht des Präsidenten ist gebrochen. Er selber wird hinfort wenig mehr Einfluß besitzen, als der Thürhüter des Elysees."

Der „Globe" schließt sich in seinen Betrachtungen am nächsten dem „Standard" an. Das schärfste Urtheil gegen Mac Mahon aber findet sich in der „Pall Mall Gazette", der zufolge er nur dann aufhörte ein Werkzeug aller monarchischen Ränkeschmiede zu sein, als er sich überzeugt hatte, daß er auf das Heer nicht zählen könne. Jetzt, nachdem er gegangen, besitze die Linke die beste Gelegenheit, ihre Mäßigung zu beweisen, da der Republik keine Gefahr mehr drohe, da die besten Republikaner Frankreichs jetzo das Heft in Händen haben, thäten sie wohl, der Welt zu zeigen, daß es ihnen nicht um Rache gegen ihre Feinde zu thun gewesen. Am besten, sie ließen Geschehenes geschehen sein. Dadurch würden sie beweisen, daß die Wahl eines wirklich republikanischen Präsidenten ein Triumph der Weisheit und Ordnung, nicht aber der Anfang von Verwirrung und Bürgerzwiespalt sei; damit würden sie nicht bloß Frankreich, sondern auch Europa einen großen Dienst erzeigen.

Provinzielles.

Stettin, 3. Februar. Eine äußerst zahlreiche Versammlung war es, welche sich gestern zu der Trauerfeier für den verstorbenen Rabbiner Dr. Treuenfels in der Synagoge vereinigt hatte und demnächst dem Verstorbenen zu seiner letzten Ruhestätte das Geleite gab. Die alle Zuhörer tief ergreifende Trauerrede in der Synagoge hielt nach einem voraufgegangenen „Präludium" der Onkel des Verstorbenen, Herr Dr. Meyer aus Hannover, während nach gesprochenen Gebet Herr Rabbiner Dr. Rahmer aus Magdeburg sprach. Es folgte dann der Chorgesang des Liedes: „In deiner Hand ist Tod und Leben", ein vom Kantor Herrn Sarasohn vorgetragenes Recitativ: „Herr! was ist der Mensch &c." und schloß die kirchliche Feier mit dem vom Sängerchor vorgetragenen Liede: „Durchglüh' mich denn, Du Hochgedanke." — Nachdem das Trauergefolge, in dem sich außer zahlreichen Freunden und Verehrern des Verstorbenen die Mitglieder und Vertreter verschiedener hiesiger Vereine befanden, auf dem Friedhofe angelangt war, sprachen am Sarge in der Kapelle noch zwei Freunde des Verstorbenen, nämlich Herr Dr. Goldschmidt-Colberg und ein uns dem Namen nach unbekannter Herr aus Stargard, wonächst der Sarg in die für ihn bestimmte Groft gebettet wurde.

— Die hiesige gewerbliche Schutzgemeinschaft, welche hierselbst im Jahre 1868 nach dem Muster anderer solcher Institute größerer Städte Deutschlands ins Leben gerufen wurde und zu ihren Mitgliedern verschiedene Gewerbtreibende und Handelsfirmen zählt, hielt am 31. v. Mts. ihre diesjährige Generalversammlung ab, in welcher die vielfach erörterte Kredit- und Ziel-Frage debattirt und von der Versammlung der Beschluß dahingehend gefaßt wurde, daß alle Mitglieder nach Kräften dahin wirken möchten, in solchen Fällen, wo Kredit beansprucht und gegeben wird, ein bestimmtes Ziel von drei Monaten möglichst strenge inne zu halten. Bei der guten Tendenz und dem praktischen Nutzen, welche diese Vereinigung solchen Geschäftsleuten bietet, welche ohne Kreditgeben nicht arbeiten können, der auch besonders darin liegt, daß die Mitglieder desselben sich mittelst vertraulicher Mittheilungen vor absichtlich böswilligen Schuldenmachern zu schützen vermögen, kann der Beitritt in diese gewerbliche Schutzgemeinschaft aufs wärmste empfohlen werden.

— In der heutigen Kriminal-Deputation des Kreisgerichts kam eine Anklage wegen gewerbsmäßiger Kuppelei gegen den Arbeiter Karl Wilh. Howe und dessen Ehefrau Wilhelmine mit Ausschluß der Oeffentlichkeit zur Verhandlung. Howe wurde zu 3, seine Ehefrau zu 6 Monaten Gefängniß, Beide zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt, bei Beiden auch die Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erklärt.

— Dem praktischen Arzt Dr. Leop. Arndt in Regenwalde ist der Charakter als Sanitätsrath verliehen.

— Der Referendar Dr. Sawallisch ist zum Assessor im Bezirk des Appellationsgerichts zu Cöslin ernannt.

— Die Bedrohung mit einer begründeten Denunziation bei dem Staatsanwalt zur Erreichung eines rechtswidrigen Vermögensvortheils ist nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 10. Januar d. Js. als Erpressung resp. Erpressungsversuch zu bestrafen.

Stralsund, 1. Februar. An Stelle des verstorbenen Postdirektors Wernich ist zum 1. April der Postdirektor Gallert von Bremen hierher versetzt.

Greifswald, 1. Februar. Für die in diesem Sommer hierselbst stattfindende vom Thierzucht- und Thierschutzverein arrangirte Thierschau sind bereits recht beträchtliche Subventionen zugesagt. Zu Preisrichtern sind ernannt: 1) Für Tauben: Dr. Bodinus-Berlin, Engler-Stettin, Kindt-Greifswald. 2) Für Hühner: Prof. Eichstedt-Greifswald, Petermann-Rostock, A. Zöllner-Stralsund. 3) Für Zier- und Singvögel: Dr. Pogge-Stralsund, Dr. Ruß-Berlin, Sparagnapane-Greifswald. 4) Für Gänse, Enten &c.: Oberamtmann Boekler-Treuen, Blauert-Gr. Lehmhagen, Senator Holst-Greifswald. 5) Für Fische: Oekonomie-Rath Amtsberg-Stralsund, Prof. Gerstäcker-Greifswald, Iserich-Stralsund. 6) Für Säugethiere, als Hunde &c.: Dr. Bodinus-Berlin, von Homeyer-Wrangelsburg, Rassow-Buchholz. — Das Ausstellungs-Komitee hat sich durch folgende Herren verstärkt: Below, Dr. Goeze, G. Jarmer, Karstedt, Senator Kettner, Senator Kunstmann, Kohlmann, Rößler, Sparagnapane und Strelow sämmtlich aus Greifswald.

Sagard, 1. Februar. Im Juli verflossenen Jahres sollte bekanntlich das Arndt-Denkmal auf dem Rugard feierlich eingeweiht werden, und hatte man auch damals Se. Majestät den Kaiser zur Einweihungs-Ceremonie eingeladen; ob die Einladung von Sr. Majestät angenommen wurde, ist uns nicht bekannt, aber die bald darauf erfolgten Attentate hätten es ja doch dem Kaiser unmöglich gemacht, der projektirten Arndt-Feierlichkeit beizuwohnen. Die Feierlichkeit hat, wohl aus den soeben erwähnten Gründen, gar nicht stattgefunden, und es verlautet auch nichts darüber, ob im Laufe des kommenden Sommers eine Einweihung des Arndt-Denkmals stattfinden wird oder nicht. Ein patriotisch gesinnter Saßnitzer Gasthofbesitzer erlaubte sich jedoch vor Kurzem, Se. Majestät den Kaiser zu einem Besuche der Insel Rügen, etwa Ende Mai oder Anfang Juni, einzuladen, und schilderte Sr. Majestät die herrliche Buchenwaldung, genannt Stubbenitz, auf Jasmund mit ihrer kräftigenden, ozonreichen Luft u. s. w. auf's Beste. Se. Majestät haben nun zwar die Einladung nicht anzunehmen geruht, aber dem Gasthofbesitzer ist doch folgendes huldreiche Schreiben vom kaiserlichen Hofmarschall-Amte zugegangen:

Berlin, den 16. Januar 1879.

„In Folge Ihrer, an Sr. Majestät den Kaiser und König unmittelbar gerichteten Eingabe vom 6. v. Mts. erwidere ich Ew. Wohlgeboren im Allerhöchsten Auftrage, daß zur Zeit über die im Sommer dieses Jahres bevorstehenden Reisen Sr. Majestät noch keine Bestimmung getroffen ist. Die Wahl des Ortes hängt natürlich von dem Urtheil der Aerzte ab, indeß steht doch so viel fest, daß der Norden und somit die Insel Rügen nicht berührt wird."

(gez.) Pückler.

Stolp, 1. Februar. Am 23. v. Mts. schickte der Administrator Liconius aus Wobensin bei Zuckers nach Stolp und erlaubte dem von ihm entlassenen Inspektor Neubüser, mitzufahren. Dieser machte den Knecht und den Schäfer betrunken, entriß dem Schäfer die Leine und fuhr mit dem Fuhrwerk, bestehend aus 2 Schimmeln und einem Schlitten, nach Mahnwitz, vertauschte hier die Schimmel gegen einen Rappwallach und 30 M. und im Spitzkruge den Schlitten gegen einen andern. In Lauenburg wollte er den Rappwallach an einen Lauenburger Pferdehändler verkaufen, welcher das Geschäft ablehnte. Es gelang der Umsicht und Vigilance des Polizei-Sergeanten Röhring in Lauenburg, den Dieb sammt dem Pferde und Schlitten abzufassen. Neubüser wurde sofort durch den letzteren nach Stolp transportirt.

Vermischtes.

— Einen seltsamen Theater-Tumult gab es dieser Woche in den Pariser Folies Dramatiques, wo man Offenbach's „Madame Favart" spielte. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt, der Dirigent war eben im Begriffe, das Zeichen zum Beginn der Ouverture zu geben, als der Schauspieler Luco vor die Lampen trat und erklärte, daß Frl. Girard unwohl sei und heute nicht singen könne; an ihrer Stelle würde Fräul. Noemie Bernon die Rolle übernehmen. Es entstand nun ein unglaublicher Spektakel. Die Einen schrien, der Regisseur solle die Anzeige machen und nicht ein Schauspieler, Andere verlangten ihr Geld zurück, der Dritte behauptete, so etwas könne man nur einem Sonntags-Publikum bieten, wieder Andere erklärten, man wolle Fräulein Bernon nicht hören, und dergleichen mehr. Der Schauspieler Luco erklärte, die Störung sei ihm unendlich fatal, aber es wäre ihm unmöglich, dem Wunsche des verehrten Publikums zu genügen, und Fräulein Girard, die nun einmal krank sei, noch diesen Abend die Partie singen zu lassen. Uebrigens könne sich ja Jeder das Geld an der Kasse zurückzahlen lassen. Etwa hundert Personen gingen hinaus, um sich ihr Geld zurückzufordern und somit wäre die „Krisis" für das Erste beigelegt gewesen. Aber nun begann ihr zweiter Theil. Fräulein Noemie Bernon, die den Spektakel gehört hatte, der sich erhob, als mitgetheilt wurde, daß sie und nicht Fräulein Girard die Rolle spielen würde, hatte in der Garderobe Weinkrämpfe bekommen und erklärte nun, es sei ihr ganz unmöglich, die Rolle zu übernehmen. Man versuchte sie zu trösten — ohne Erfolg. Das Publikum wurde unruhig und unruhiger, endlich ließ man die Vorstellung anfangen, in der Ueberzeugung, daß Fräulein Vernon zu rechter Zeit schon ihrer Weinkrämpfe Herrin werden würde. Und so geschah es. Sie trat auf die Scene, sie fing zu singen an, nach dem ersten Liede ein bestimmendes Murmeln, ein Beifall, ein Dacapo-Verlangen, dann ein sich immer steigernder Erfolg und schließlich ein Succès, wie ihn die kranke Kollegin, Frl. Girard, niemals in der Rolle gehabt hat.

— Einer gelungenen Mystifikation sind dieser Tage fast sämmtliche Pariser Blätter zum Opfer gefallen. Sie brachten übereinstimmend die Mittheilung, daß vom 15. Januar an die Wagen der Staatsbahnen alle geheizt werden sollten, und zwar nach dem System des Ingenieurs Sun. Das freute die Franzosen ausnehmend, da sie ohnehin von der Kälte diesen Winter mehr als je zu leiden haben. Der bestimmte Tag kam, aber keine Heizung. An der Nachricht war kein wahres Wort. Man forschte nach und kam zu folgendem Ergebniß. Die Nachricht war in folgender Form an ein Journal gekommen: „Wie man vernimmt, sollen die Wagen der Staatsbahn vom 15. Juli an nach dem System Sun geheizt werden." Die Redaktion des Blattes nahm bei Juli einen Schreibfehler an und machte Januar daraus, und dem Worte Sun (sun, Sonne) setzte sie zu besserem Verständniß den Titel Ingenieur vor. In dieser Form wurde die spaßige Notiz von allen anderen Blättern nachgedruckt. Die Sache hat viel zu lachen gegeben, und hat wahrscheinlich die Folge, daß die Heizung der 2. und 3. Klasse wirklich eingeführt wird.

— In der Familie. „Punch" bringt folgendes Zwiegespräch: Die Frau: „Bester Mann, die Kinder sind eingeladen auf den 20. bei Robinsons, auf den 23. bei Howards und auf den 26. bei Browns. Es würde ihnen sehr wehe thun, wenn Du ihnen nicht erlauben würdest, diesen Einladungen Folge zu leisten. Darf ich antworten und annehmen?" Der Mann: „Wie Du willst! Aber da ich weiß, wie den Kindern diese Einladungen bekommen, so kannst Du gleich auch dem Arzte schreiben und ihn auf den 21., den 24. und den 27. bestellen!"

— Eine wißbegierige Braut. Die „Reichenberger Ztg." schreibt: „Eine eigenthümliche und dabei buchstäblich wahre Geschichte erzählt man sich in Laida (dem Mittelpunkt des böhmischen Glashandels). Ein wohlhabender junger Mann wollte heirathen und reiste deshalb nach Prag, um sich ein Mädchen auszusuchen. Bald fand er, was er suchte, die Verlobung ging vor sich. Eines Tages oder vielmehr eines Abends gingen Mutter, Tochter und Bräutigam ins Theater, wo man ein französisches Ehebruchs-Drama gab. Mutter und Tochter weinten vor Rührung, was dem Bräutigam auffiel. Als aber sein Liebchen sich äußerte: „Mama, mir ist Einiges in dem Stücke noch unklar, gehen wir morgen nochmals ins Theater!" — da riß ihm die Geduld, er packte seine Siebensachen wieder zusammen und reiste in seine glasreiche Heimath zurück. Wie gesagt, die Geschichte ist buchstäblich wahr und die Herren Dumas und Konsorten haben nun auch einen Verlobungsbruch auf dem Gewissen."

— Eine zoologische Rarität beherbergt zur Zeit das Schützenhaus zu Leipzig. Herr Robert Kühnrich ist nämlich durch die Redaktion der „Gartenlaube" in den Besitz eines kleinen vierbeinigen Sängers, einer singenden Maus, gelangt, die es zu großer Ueberraschung ihrer Beobachter in der That versteht, sich fertig in Tönen auszudrücken. Das niedliche Thier hat im Warmhause des Privatgartens, wo es gegenwärtig untergebracht worden, bereits einige Proben seiner Gesangsfertigkeit abgelegt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 1. Februar. Die „Pol. Korresp." meldet:

Aus Bukarest von heute: Rumänien hat Oesterreich-Ungarn zur Entsendung von Aerzten nach Bukarest behufs Ueberwachung der Ausführung der in Wien beschlossenen Vorsichtsmaßregeln gegen die Pest eingeladen. Rumänien hat Truppen für die eventuelle Bildung eines Kordons längs des Pruth disponirt und beabsichtigt eine zweite Landwehr-Kordonlinie zu bilden; außerdem werden in Ungheni Quarantänemaßregeln vorbereitet.

Nach den neuesten Berichten tritt die bulgarische National Versammlung am 22. d. in Tirnowa zusammen.

Pest, 1. Februar. Unterhaus. Auf eine Interpellation bezüglich der Pest erklärte Ministerpräsident Tisza unter Hinweis auf das Einvernehmen der ungarischen Regierung mit der österreichischen und der deutschen Regierung, sowie unter Hinweis auf die getroffenen Vorkehrungen für den Fall, daß sich eine größere Gefahr zeigen sollte, er habe auch den Kriegsminister ersucht, seinerseits das Nothwendige zu verfügen. Außer Rumänien habe auch Serbien Anordnungen getroffen für den Fall der Gefahr. Er glaube, Rußland werde die ausländischen Fachmänner freundlich aufnehmen. Nach den neuesten Berichten sei die Epidemie im Abnehmen begriffen, doch sei es ungewiß, ob dies nicht nur eine Folge der großen Kälte sei.

Paris, 1. Februar. Der „Temps" erfährt, daß der Ministerpräsident Dufaure dem Ministerkonseil mitgetheilt habe, daß sein Entschluß, sich zurückzuziehen, unwiderruflich sei. Auf alle Entgegnungen habe Dufaure geantwortet, daß die veränderte Lage der Dinge auch andere Männer verlange. Dufaure wird seinen Entschluß heute Abend auch Grevy anzeigen.

Petersburg, 1. Februar. Nach dem heute eingegangenen offiziellen Telegramm aus Astrachan befand sich am 30. v. Mts. weder in Weltjanka, noch in den in der Umgebung des Ortes gelegenen Dörfern ein Kranker. In Selitrenn aber sind im Laufe des 30. v. zu den vorhandenen zwei Kranken noch weitere sechs neue Erkrankungsfälle hinzugekommen. Alle neu Erkrankten hatten mit von der Epidemie ergriffenen Personen in Berührung gestanden.